

GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT

Ausgabe A

Seite 325

*des Auswärtigen Amtes / des Bundesministers des Innern
des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit
des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau / des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen
des Bundesministers für Forschung und Technologie / des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft
des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit*

HERAUSGEGEBEN VOM BUNDESMINISTER DES INNERN

37. Jahrgang

ISSN 0341-1435

Bonn, den 3. Juli 1986

Nr. 19

INHALT

Amtlicher Teil

Seite

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der
Formblätter nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsför-
derungsgesetzes. Vom 25. Juni 1986 327

Amtlicher Teil

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645) wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

Artikel 1

1. Die in den Anlagen 1, 3, 4 und 6 zu der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift vom 3. Mai 1983 (GMBI 1983, S. 194) bestimmten Formblätter werden durch die Anlagen 1, 3, 4 und 6 zu dieser Allgemeinen Verwaltungsvorschrift ersetzt.
2. An den mit einem Stern gekennzeichneten Stellen der Versicherung des Erklärenden in Anlage 3 Seite 4 Nr. 4 sind die Bedarfssätze nach § 12 Abs. 1, § 12 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 1 und § 13 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes in der zu Beginn des Bewilligungszeitraums, für den Ausbildungsförderung beantragt wird, maßgeblichen Höhe einzusetzen.
3. Die Ämter für Ausbildungsförderung im Land Bayern können die Formblätter 1 bis 4 in einer für den Vollzug des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes ergänzten Fassung verwenden. Die Ergänzung bedarf der Zustimmung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft.

Artikel 2

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die Anlagen 1, 3, 4 und 6 in der Fassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift vom 3. Mai 1983 (GMBI 1983, S. 194) außer Kraft.

Bonn, den 25. Juni 1986

Der Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft

D. Wilms

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒
 Bitte sorgfältig
 in Blockschrift ausfüllen und
 Hinweise beachten.

(Eingangsstempel)

Formblatt 1/86**Förderungsnummer****Antrag auf Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ab _____****1. Haben Sie bereits früher einen Antrag auf Ausbildungsförderung gestellt?**ja ☐ nein ☐**Der letzte Antrag wurde gestellt bei dem Amt für Ausbildungsförderung**

Dienststelle, Anschrift

bisherige Förderungsnummer

2. Auszubildender

Name, Geburtsname

geb. am

Vorname

männlich ☐weiblich ☐**Anschrift am ständigen Wohnsitz**

Straße, Nr.

bei

PLZ, Ort

Telefon (mit Vorwahl) ^①**Anschrift während der Ausbildung**

Straße, Nr.

bei

PLZ, Ort

Telefon (mit Vorwahl) ^①ledig ☐verheiratet ☐dauernd
getrennt lebend ☐verwitwet ☐geschieden ☐

seit _____

Deutscher ☐Heimatloser, asylberechtigter oder
als Flüchtling anerkannter Ausländer ☐EG-Ausländer ☐Anderer Ausländer ☐Bei Ausländern Staatsangehörigkeit: ^②**Kinder des Auszubildenden (ohne Stief- und Pflegekinder) ^③**

Name, Geburtsname

Vorname

geb. am

Im Haushalt
des Auszubildendenja ☐nein ☐Bruttoeinnahmen des Kindes
für den Bewilligungszeitraum
monatlich in vollen DMBezieht der Auszubildende
Kindergeld nach BKGGja ☐nein ☐Wenn ja
monatlich
in vollen DM**3. Eltern des Auszubildenden (Name, Vorname und Anschrift) ^④**

Vater

geb. am *)

verst. am

Straße, Nr. PLZ, Ort *)

Deutscher ☐Ausländer ☐

Mutter

geb. am *)

verst. am

Straße, Nr., PLZ, Ort *)

Deutsche ☐Ausländerin ☐**Wenn beide Eltern leben, sind sie miteinander verheiratet? ^⑤**ja ☐nein ☐Die elterliche Sorge/das Aufenthaltsbestimmungsrecht für den Auszubildenden ist/war durch das ^⑤

Vormundschafts- oder Familiengericht und Az.

am

zuerkannt (Name, Vorname, Anschrift):

*) entfällt, falls verstorben

Angaben zu Einkommen und Vermögen

Anlage A zum Formblatt 1/86

Förderungsnummer

Name, Geburtsname

Vorname

geb. am

Einkommen des Auszubildenden (Bitte Belege beifügen)Maßgebend für die Angaben sind die Einnahmen, die für den Bewilligungszeitraum (BwZ)^①

von

bis

also für

Betrag für den gesamten BwZ in vollen DM

Kalendermonate voraussichtlich erzielt werden.

Waisenrente^② DMWaisengeld (einschl. Weihnachtsgeld)^③ DMAusbildungsvergütung - auch Sachbezüge (ohne Familienzuschläge)^④ DMVoraussichtliche Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit (brutto)^⑤ DMRenten aus eigenem Recht (z. B. Unfallrenten), Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit, Vermietung und Verpachtung, Einnahmen aus Kapitalvermögen (z. B. Sparzinsen)^⑥ DMEinnahmen nach der Einkommensverordnung zum BAföG^⑦ DM

Unterhaltsleistungen des dauernd getrennt lebenden oder des geschiedenen Ehegatten des Auszubildenden oder sonstiger unterhaltspflichtiger Personen (nicht der Eltern des Auszubildenden) DM

Liegt ein Vollstreckungstitel über den Unterhaltsanspruch des Auszubildenden gegen seinen Ehegatten vor?

☐

nein

☐

ja, in Höhe von*)

(monatlich)

Wenn ja, welcher Art? (bitte beifügen)

☐ Urteil☐

gerichtlicher Vergleich

☐

notarielle Urkunde

Zuwendungen von Firmen und privaten Stiftungen^⑧ DMAusbildungsbeihilfen und gleichartige Leistungen aus öffentlichen Mitteln sowie Förderungsleistungen ausländischer Staaten, soweit sie zur Deckung des Lebensunterhalts oder der üblichen Ausbildungskosten bestimmt sind^⑨ DMAndere Einnahmen des Auszubildenden, die zur Deckung des Unterhaltsbedarfs bestimmt sind oder verwendet werden^⑩

a) des Ehegatten DM

b) der Kinder DM

Vermögenswirksame Leistungen - nur Arbeitgeberanteil -^⑪ DMVon der zuständigen Stelle an den Auszubildenden unmittelbar ausgezahlt,^⑫

- Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz**) DM

- Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung**) DM

- Kinderzuschuß aus der gesetzlichen Rentenversicherung**) DM

*) Hier ist nur der Unterhaltsanspruch des Auszubildenden selbst ohne den Unterhaltsanspruch des/der Kindes/Kinder anzugeben.

**) Im Falle einer Förderung ohne Anrechnung von Elterneinkommen nach § 11 Abs. 3 BAföG sind Sie verpflichtet, über die vorgenannten auf Sie entfallenden Leistungen eine Erklärung des Empfängers vorzulegen, wenn Sie nicht selbst die Leistung beziehen.

Bitte beachten: Änderungen im Laufe des BwZ bitte unverzüglich mitteilen

Vermögen des Auszubildenden im Zeitpunkt der Antragstellung^③

Einheitswert

- alle Angaben bitte belegen -

Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke DM

Sonstige unbebaute Grundstücke DM

Sonstige bebaute Grundstücke^④ DM

Betriebsvermögen DM

Wert in vollen DM

Bauspar- und Prämiensparguthaben^⑤ DM

Wertpapiere, insbesondere Aktien, Pfandbriefe,
Schatzanweisungen, Wechsel, Schecks^⑥ DM

Sonstige Forderungen und Rechte^⑦ DM

Sonstige Vermögensgegenstände^⑧ DM

Verkehrswert des Vermögens im Ausland^⑨ DM

Barvermögen, Bank-, Postscheck- und Sparguthaben
(Wenn andere Vermögenswerte nicht vorhanden sind, ist hier nur ein Betrag anzugeben
und nachzuweisen, wenn er insgesamt 6.000 DM übersteigt) DM

Schulden und Lasten im Zeitpunkt der Antragstellung
- Mit Ausnahme der Darlehen nach dem BAföG bitte alle Angaben belegen

Hypotheken, Grundschulden und sonstige Belastungen
auf einem der vorgenannten Vermögenswerte^⑩ DM

Im Zeitpunkt der Antragstellung erhaltene Darlehen nach dem BAföG DM

Sonstige Schulden, z. B. Kleinkredite DM

Lasten, z. B. Verpflichtung zu wiederkehrenden Leistungen,
Beschränkung des Eigentums zu Gunsten Dritter^⑪ DM

Übergangsbeihilfen nach den §§ 12, 13 des Soldatenversorgungsgesetzes
sowie nach § 13 Abs. 1 des Bundespolizeibeamtenversorgungsgesetzes DM

Vermögenswerte, deren Verwertung aus rechtlichen
Gründen ausgeschlossen ist^⑫ DM

Beantragen Sie, daß zur Vermeidung unbilliger Härten Vermögenswerte
anrechnungsfrei gestellt werden?^⑬ ja ☐ nein ☐

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒
und Hinweise beachten

Formblatt 3/86

Förderungsnummer

Name, Geburtsname des Auszubildenden

Vorname

geb. am

Erklärungdes Ehegatten ☐des Vaters ☐der Mutter ☐**1. Angaben zur Person**

Name, Geburtsname

Vorname

geb. am

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

ledig ☐ verheiratet ☐ dauernd getrennt lebend *) ☐ verwitwet ☐ geschieden ☐ seit _____

Erwerbstätig als Arbeiter ☐ Angestellter ☐ Beamter ☐ Selbständiger ☐ seit _____

Nicht mehr erwerbstätig seit _____

Wenn Sie sich in Ausbildung befinden

– Art der Ausbildung _____

– Voraussichtlicher Abschluß am _____

– Erhalten Sie Leistungen nach dem BAföG? ja ☐ nein ☐**2. Ihnen gegenüber unterhaltsberechtigzte Personen (z. B. Ehegatte, geschiedener Ehegatte, zweiter Ehegatte, Eltern) ^①**

– Kinder bitte unter Nr. 3 eintragen –

Name, Geburtsname

Vorname

geb. am

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Ggf. Art der gegenwärtigen Ausbildung _____ Vorauss. Abschluß _____

Verwandtschaftsverhältnis oder sonstiger Grund der gesetzl. Unterhaltspflicht _____

Art der Einnahmen im BwZ _____ brutto monatlich _____ DM

*) Falls ein Unterhaltstitel (Urteil, gerichtlicher Vergleich oder notarielle Urkunde) besteht, entfallen weitere Angaben des Ehegatten.

3. **Kinder** soweit von Ihnen unterhalten und/oder in Ausbildung (ohne Antragsteller; weitere Kinder bitte auf besonderem Blatt angeben)^②

Name, Vorname	Geburtsdatum	Familienstand			Wohnung		Ge- mein- sames Kind	Kind nur im Verhältnis zum/zur Ehe- gatten		
		ledig	verh.	gesch.	bei den Eltern	nicht bei den Eltern		Vater	Mutter	Ehe- gatten
_____	_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
_____	_____	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Für alle nachfolgenden Fragen
Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraums

4. **Art Ihrer Erwerbstätigkeit**

erwerbstätig als rentenversicherungspflichtiger Arbeitnehmer (z. B. Arbeiter, Angestellter oder in Ausbildung) ☐

erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtiger Arbeitnehmer (z. B. Beamter) ☐

erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer (z. B. Selbständiger) oder auf Antrag von der Rentenversicherungspflicht befreiter^③
oder wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreier Arbeitnehmer ☐

nicht erwerbstätig oder im Ruhestandsalter nicht erwerbstätig (z. B. Altersrentner) ☐

307
407
457

5. Hatten Sie **Vermögenssteuer** zu entrichten?

ja ☐ nein ☐

6. Wurden Sie zur **Einkommensteuer** veranlagt oder wurde ein **Lohnsteuerjahresausgleich** durchgeführt?

ja ☐ nein ☐

Die Veranlagung bzw. der Jahresausgleich erfolgte zusammen mit

dem derzeitigen Ehegatten ☐

Finanzamt _____

dem Vater des Auszubildenden ☐

Steuer-Nr. _____

der Mutter des Auszubildenden ☐

7. Der **Gesamtbetrag der Einkünfte** lt. Steuerbescheid beträgt^④

_____ DM

Anteil des hier erklärenden Ehegatten bzw. Elternteils des Auszubildenden insgesamt

_____ DM

Dieser Anteil setzt sich zusammen aus Einkünften aus

Land- und Forstwirtschaft

_____ DM

Gewerbebetrieb

_____ DM

selbständiger Arbeit

_____ DM

nichtselbständiger Arbeit

_____ DM

Vermietung und Verpachtung

_____ DM

Kapitalvermögen

_____ DM

sonstige Einkünfte

_____ DM

- darin enthaltene steuerpfl. Unterhaltsleistungen eines
geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten

_____ DM

301
401
451

Brutto- einnahmen mtl. DM	Ausbildungsstättenart/ Ausbildungsverhältnis	Name der Ausbildungsstätte	Klasse	im Schuljahr	Voraussichtl. Abschluß Monat/Jahr
				19 /	
				19 /	
				19 /	
				19 /	

/erhältnisse im vorletzten
end, also die des Kalenderjahrs 19_____

8. Wurde für ein **Einfamilienhaus** (nicht Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung!) oder eine **Eigentumswohnung** eine erhöhte Absetzung für Abnutzung nach § 7 b EStG geltend gemacht? ja ☐ nein ☐

Die Absetzung in Höhe von _____ DM wurde berücksichtigt bei den Einkünften aus
Land- und Forstwirtschaft ☐
Vermietung und Verpachtung ☐

Hatten Sie dort Ihren ersten Wohnsitz? ja ☐ nein ☐

9. Abzüge

306 Lohn-/Einkommensteuer Kirchensteuer Freibetrag für Altersentlastungsbetrag
406
456
_____ DM _____ DM _____ DM _____ DM

301 10. Nur auszufüllen, wenn keine Veranlagung zur Einkommensteuer und kein Lohnsteuerjahresausgleich durchgeführt worden ist
401 oder wenn im Ausland Einkünfte erzielt wurden⁵
451 Bruttoeinnahmen Steuern
Jahresbeträge in Landeswährung _____ DM _____ DM

11. Vermögenswirksame Leistungen (nur Arbeitgeberanteil)⁶ _____ DM

12. Weitere Einnahmen⁷

304 – Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz
404 oder entsprechenden Regelungen der DDR oder des Auslandes
454 ja ☐ nein ☐ für _____ Kinder _____ DM

301 – Renten⁸ _____ DM
401
451 Art der Renten: _____

304 – Einnahmen nach der Einkommensverordnung zum BAföG⁹
404
451 Art der Leistungen: _____ DM

301 – Einnahmen, die aufgrund des sog. Montageerlasses nicht versteuert wurden¹⁰ _____ DM
401
451 – Unterhaltsleistungen von¹¹

304 Name: _____
404
451 Verwandtschaftsverhältnis zum Erklärenden: _____ DM

Ich versichere, daß meine Angaben richtig und vollständig sind.

Mir ist bekannt,

1. daß ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage sowie der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die ich hier Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich anzuzeigen;
2. daß unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und daß ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden;
3. daß meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Finanzamt und beim Arbeitgeber überprüft werden können;
4. daß das Amt für Ausbildungsförderung von mir Beträge fordern kann, die meinem Sohn/meiner Tochter voraus-
geleistet werden, wenn ich den nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 1610 Abs. 2) während der Ausbildung zu
zahlenden Unterhaltsbetrag nicht leiste und daß dies auch für die Vergangenheit möglich ist, soweit Leistungen
rückwirkend erbracht werden. Ich weiß, daß diese Forderung die Höhe der Bedarfssätze erreichen kann –
für Schüler zwischen * und *, für Studenten zwischen * und * DM.
Bei besonderen ausbildungsbedingten Aufwendungen können sich diese Sätze erhöhen.

Ort, Datum

Unterschrift des Erklärenden

Diese Erklärung kann dem Amt auch getrennt vom Antrag des Auszubildenden übersandt werden. Sollen Angaben über das Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, teilen Sie dies bitte dem Amt für Ausbildungsförderung unter Angabe von Gründen schriftlich mit.

Wenn das Einkommen des erklärenden Ehegatten oder Elternteils voraussichtlich wesentlich niedriger ist als im vorletzten Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (BwZ), kann auf besonderen Antrag des Auszubildenden von den Einkommensverhältnissen im BwZ ausgegangen werden. Der Antrag muß spätestens bis zum Ende des BwZ gestellt werden.

Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf besonderen Antrag über die üblichen Freibeträge hinaus vom Einkommen des Ehegatten oder der Eltern ein weiterer Teil anrechnungsfrei bleiben. Dieser Antrag muß ebenfalls spätestens bis zum Ende des BwZ gestellt werden.

Zusatzerklärung

Falls die vorstehende Erklärung von einem Elternteil des Auszubildenden abgegeben wird, kann der andere Elternteil nachstehende Zusatzerklärung abgeben. Gibt er sie ab, so entfällt seine Verpflichtung, eine eigene Erklärung nach diesem Formblatt abzugeben.

Ich erkläre, daß ich im vorletzten Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraums,

also im Kalenderjahr 19____, keine eigenen Einkünfte oder Einnahmen hatte, die in diesem Formblatt anzugeben wären, und daß ich für diesen Zeitraum keine Vermögensteuer zu entrichten hatte.

Wenn Sie sich im Bewilligungszeitraum in Ausbildung befinden, bitte Art und Dauer der Ausbildung angeben

Ort, Datum

Unterschrift

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒
 Bitte sorgfältig
 in Blockschrift ausfüllen.

(Eingangsstempel)

Formblatt 4/86									
Förderungsnummer									

Name, Geburtsname, Vorname des Auszubildenden

geb. am

Zusatzblatt für Ausländer

Die Beantwortung sämtlicher Fragen ist zur Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes erforderlich (§§ 46 Abs. 3 und 55)

1.1 Name des Vaters _____

1.2 Name der Mutter _____

2. Aufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland (einschl. des Landes Berlin)

Auszubildender		Vater		Mutter	
von	bis	von	bis	von	bis

3.1 Rechtmäßige Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland (einschl. des Landes Berlin)

Erreicht der Auszubildende insgesamt 5 Jahre, können die Angaben der Eltern entfallen. Erreicht ein Elternteil insgesamt 3 Jahre, können die Angaben des anderen Elternteils und des Auszubildenden entfallen.

Auszubildender		Vater		Mutter	
von	bis	von	bis	von	bis

Die Zeiten sind durch die Vorlage der Arbeiterlaubnis und einer Bestätigung des Arbeitgebers bzw. durch eine Bescheinigung der berufsständischen Vertretung und des Umsatzsteuerbescheides zu belegen. Für die angegebenen Zeiten sind die Höhe des Verdienstes z. B. durch Versicherungsunterlagen, Steuerbescheide, Bescheinigungen der Arbeitgeber u. ä. nachzuweisen.

- 3.1.1 Zeiten, in denen eine Erwerbstätigkeit von dem Vater/der Mutter nicht ausgeübt werden konnte (z. B. wegen Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsverbote oder Mutterschaftsurlaub nach den Mutterschaftsbestimmungen bzw. Erziehungsurlaub nach dem Erziehungsgeldgesetz)

Vater			Mutter		
von	bis	Begründung (Nachweise bitte beifügen)	von	bis	Begründung (Nachweise bitte beifügen)

- 3.1.2 Haushaltsführung eines Elternteils mit mindestens einem Kind unter 10 Jahren oder einem Kind, das behindert und auf Hilfe angewiesen ist, im eigenen Haushalt

Beginn _____ Ende _____

4. Zugehörigkeit zu Personengruppen mit besonderer Rechtsstellung

War oder ist eine der erklärenden Personen Mitglied oder Familienangehöriger eines Mitglieds

- a) einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung, einer ausländischen Handelsvertretung,
b) einer supra- oder internationalen Organisation,
c) der Stationierungstreitkräfte oder ihres zivilen Gefolges?

Auszubildender nein ☐ ja ☐ von _____ bis _____

Vater nein ☐ ja ☐ von _____ bis _____

Mutter nein ☐ ja ☐ von _____ bis _____

Ich versichere, daß meine Angaben richtig und vollständig sind.

Mir ist bekannt, daß unrichtige und unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße geahndet werden und daß ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden.

Ort, Datum

Der Auszubildende

Der Vater

Für Auszubildende vor Vollendung des 15. Lebensjahres
auch der gesetzliche Vertreter

Die Mutter

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒

(Eingangsstempel)

Formblatt 6/86

Förderungsnummer

Name, Geburtsname, Vorname

geb. am

Wohnort

Bundesland

Antrag auf Ausbildungsförderung für eine Ausbildung außerhalb des Geltungsbereichs des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

(Bei Teilnahme an einem Praktikum Angaben nur ab Ziffer 3)

1 Ausbildung außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes

- 1.1 Name und Art der Ausbildungsstätte ① _____
- 1.2 Anschrift der Ausbildungsstätte _____
(Ort) (Staat)
- 1.3 Förderung beantrage ich für die Zeit vom _____ bis _____ ②
Unterrichts-/Vorlesungsbeginn _____ Unterrichts-/Vorlesungsende _____ ③
(Tag/Monat/Jahr) (Tag/Monat/Jahr)
- 1.4 In der Fachrichtung _____
- 1.5 In dieser Fachrichtung habe ich bereits _____ Semester studiert,
davon _____ Semester außerhalb des Geltungsbereichs in _____

2 Angaben zur Ausbildung

- 2.1 Der Besuch der Ausbildungsstätte ist nach meinem Ausbildungsstand förderlich; mindestens ein Teil dieser Ausbildung kann auf die vorgeschriebene oder übliche Ausbildungszeit angerechnet werden. ④ ☐
- 2.2 Die Ausbildung muß durchgeführt werden, weil sie in der Bundesrepublik Deutschland (einschl. des Landes Berlin) ihrer Art nach überhaupt nicht vermittelt wird. ☐
nicht in einer gleichrangigen oder höherrangigen Ausbildungsstätte vermittelt wird ☐
(Ausführliche Begründung bitte auf gesondertem Blatt beifügen)
- 2.3 Die Ausbildung muß durchgeführt werden, weil in der gewählten Fachrichtung die Zulassung einem ländereinheitlichen zentralen Vergabeverfahren unterliegt (numerus clausus). ⑤ ☐

- 3 Förderung beantrage ich für ein Praktikum bei _____
(Bezeichnung und Anschrift der Praktikumsstelle)
(Staat) _____ für die Zeit vom _____ bis _____
Das Praktikum steht im Zusammenhang mit der Ausbildung in der Fachrichtung _____
an _____ ⑥
(Bezeichnung der Ausbildungsstätte)

- 4 Ausreichende Sprachkenntnisse habe ich erworben durch _____ ⑦
(Nachweis kann vom Amt für Ausbildungsförderung gefordert werden)

5 Notwendige Aufwendungen

- 5.1 Kosten der Hin- und Rückreise vom ständigen Wohnsitz zur Ausbildungsstätte _____ DM
(Beleg über die Kosten der tariflich günstigsten Fahr-/Flugkarte – z.B. Fahr-/Flugkarte oder Bescheinigung der amtlichen Fahrpreisauskunft – sind vorzulegen.)
- 5.2 Studiengebühren, Schulgeld (detaillierte Bescheinigung bitte beifügen) ⑧ _____ DM
- 6 Zuletzt besuchte Ausbildungsstätte _____
(Name und Anschrift, Fachrichtung)

Ich versichere, daß meine Angaben richtig und vollständig sind.

Mit ist bekannt,

1. daß ich verpflichtet bin, jede Änderung von Tatsachen über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich anzuzeigen.
2. daß unrichtige oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und daß zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.

Ort, Datum

Unterschrift des Auszubildenden

Bescheinigung der Hochschule/Prüfungsstelle zum Praktikum

Die fachpraktische Ausbildung bei _____

(Bezeichnung und Anschrift der Praktikumsstelle)

in der Zeit vom _____ bis _____ entspricht den Anforderungen der

Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom _____
(Datum/Fundstelle)
an die Praktikantenstelle.

Unterschrift der Ausbildungsstätte/Ausbildungsstelle
für das Praktikum

(Stempel)

Ort, Datum

Diese gutachtliche Stellungnahme ist nur nach besonderer Anforderung des Amtes einzuholen.

Gutachtliche Stellungnahme der Ausbildungsstätte, die der Auszubildende bisher besucht hat (Nur erforderlich in den Fällen der Nr. 2.1)

Zu dem vorstehenden Antrag (Nr. _____) nehme ich wie folgt Stellung:

Der Besuch des/der _____ in
(Name der ausländischen Ausbildungsstätte) (Ort, Staat)
ist der/für die Ausbildung in der Fachrichtung _____

nach dem Ausbildungsstand des Antragstellers förderlich (vgl. Nr. 2.1)

Ausführliche Begründung:

Ort, Datum

Unterschrift des hauptamtlichen Mitglieds des
Lehrkörpers der Ausbildungsstätte

(Stempel)

HERAUSGEBER:
Der Bundesminister des Innern
Postfach-Nr. 17 02 90, Graurheindorfer Straße 198, 5300 Bonn 1
Fernruf: (02 28) 6 81-1

den
ließ-
15.—
fan-
sten.
30. 6.

17. —

